



Rechtsausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

8. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Eckpunkte der Justiz- und Rechtspolitik der Koalition der Erneuerung
in der 14. Legislaturperiode**

1

Vorlage 14/246

Der Ausschuss berät über die Eckpunkte der Justiz- und Rechtspolitik der Koalition der Erneuerung in der 14. Legislaturperiode.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorlage 14/282

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung über den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2006.

3 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern 11

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/469

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/541

Vorlage 14/233

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch durchzuführen.

4 Scheinvaterschaften entschiedener bekämpfen 13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/713

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/816

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

5 Bundeseinheitliche Regelung des Strafvollzugs beibehalten! 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1112

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zur Vorlage eines entsprechenden Antrages der SPD-Fraktion zurück.

- 6 Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen - Möglichkeiten der integrativen Unterbringung von kriminell auffälligen Jugendlichen in geschlossenen Gruppen der Jugendhilfe anstelle von Untersuchungshaft verlässlich ausbauen!** 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1117

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrags der SPD-Fraktion.

Der Ausschuss beschließt, zu dem in Rede stehenden Antrag sowie zu dem Antrag „Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern“ der Koalitionsfraktionen, der unter Tagesordnungspunkt 3 behandelt wurde, ein Expertengespräch durchzuführen.

- 7 Neubau einer JVA im Großraum Düsseldorf/Ratingen** 17

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 8 Überlastung der NRW-Sozialgerichte** 20

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 9 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken** 24

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

Der Ausschuss kommt überein, am 26. April 2006 die abschließende Beratung durchzuführen.

10 Verschiedenes

24

Der Ausschuss vereinbart ein Gespräch mit dem Deutschen Anwaltsverein, voraussichtlich am 14. Juni 2006 nach der Rechtsausschusssitzung.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1000

Vorlage 14/282

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushalt sei nach der ersten Lesung an alle Fachausschüsse überwiesen worden. Im Rechtsausschuss berate man über den Einzelplan 04, der vom Justizministerium zu verantworten sei.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter trägt vor:

Vor Ihnen liegt der Entwurf des Haushaltsplanes 2006 für den Einzelplan der Justiz. Zeitgleich mit der Einbringung habe ich Ihnen den Erläuterungsband übersandt. Dort finden Sie im Vorwort und in den Schwerpunkten die justizpolitischen Leitlinien der neuen Landesregierung. Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle darauf beschränken, einige Kernpunkte vorzustellen.

Sie wissen, dass die schwierige haushaltswirtschaftliche Situation uns dazu zwingt, in allen Bereichen nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Dabei bleibt sicherlich manches Wünschenswerte unerfüllt. Alle Maßnahmen verfolgen aber das Ziel der Konsolidierung des Haushaltes. Die neue Landesregierung beabsichtigt, spätestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode einen Haushalt aufzustellen, der die von der Landesverfassung vorgesehene Grenze der Neuverschuldung einhält. Dazu sind weitere Konsolidierungsschritte erforderlich. Ich knüpfe hier an die Einbringungsrede meines Kollegen Dr. Linssen an, in der die finanzpolitische Entwicklung überzeugend skizziert ist.

Sparen ist natürlich kein Selbstzweck. Ich bin davon überzeugt, dass die Konsolidierung des Haushalts mittelfristig auch der Justiz in Nordrhein-Westfalen zugute kommen wird. Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Justiz in unserem Lande ist gut aufgestellt, arbeitet gut, erfüllt die von der Verfassung und den Gesetzen auferlegten Aufgaben qualitativ hochwertig und in respektabler Zeit. Wir werden in Europa um unsere Justiz beneidet. Sie ist für Unternehmen ein positiver Standortfaktor. Das sollten wir uns bei allem, was in den letzten Tagen zu lesen und zu hören war, in Erinnerung rufen.

Mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf ist auch weiterhin gewährleistet, dass dieser Status erhalten bleiben kann. In der Beschränkung auf das Notwendige liegt die Antwort auf die haushaltswirtschaftlichen Herausforderungen. Nur noch diejenigen Maßnahmen der Binnenmodernisierung, die zu einer deutlichen Effizienzsteigerung und einer Verbesserung der Qualität der Leistungen in der Justiz führen, werden durchgeführt. Dadurch entstehen freie Kapazitäten, die in den Kernbereichen Rechtsprechung, Strafverfolgung und Justizvollzug zur Entlastung beitragen können.

Einen weiteren Personalabbau über das im Haushalt 2005 beschlossene Maß hinaus wird es in diesen Kernbereichen nicht geben. Der zusätzliche 1,5 %ige Stellenabbau für die Landesverwaltung ist ausdrücklich für die Justiz auf die Verwaltungsbereiche beschränkt. Damit trägt der Haushaltsentwurf der hohen Belastung im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst und der Bedeutung der Justiz für unseren Staat Rechnung. Daneben müssen aber die als Ausgleich zur Arbeitszeitverkürzung ausgebrachten kw-Vermerke erwirtschaftet werden. Das gestaltet sich belastungsneutral, da Kapazitätsgewinne aus der Verlängerung der Arbeitszeit abgeschöpft werden.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass die Landesregierung mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 bereits die Justiz entscheidend gestärkt hat. Ich erinnere an die Verlängerung der Fälligkeiten von kw-Vermerken der Stellen des richterlichen Dienstes und anderer Laufbahnen in der Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Streichung von kw-Vermerken im Justizvollzug zur Sicherung der therapeutischen Behandlung von Sexualstraftätern. Diese Maßnahmen wirken im Haushalt 2006 fort.

In rechtspolitischer Hinsicht werden mit dem Haushaltsentwurf wichtige Anlagen der Landesregierung umgesetzt. Ich erwähne die Errichtung von Jungtäterabteilungen in den dafür geeigneten Justizvollzugsanstalten und die Auswertung der Plätze für die Arrestvollstreckung durch Nutzung der Zweiganstalt in Gerresheim. Damit würden 60 zusätzliche Arrestplätze geschaffen.

Im Bereich der Zuwendungen an Dritte hat sich die Landesregierung auf eine durchschnittliche Kürzung der Ansätze gegenüber dem Soll 2005 um 20 % verständigt. Sie werden feststellen, dass wir in einigen Bereichen stärker, in anderen Bereichen dagegen maßvoller oder gar nicht gekürzt haben. Das geschah in enger Abstimmung meines Hauses mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege. Wir haben dadurch vermeiden können in Abstimmung mit den Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege, dass bestehende Strukturen zerschlagen werden. Damit wird die erfolgreiche Arbeit der freien Träger insgesamt nicht gefährdet. Sie haben aber auch ihren Konsolidierungsbeitrag geleistet.

Ein Großteil der im Haushaltsplanentwurf 2006 für die Justiz vorgesehenen Investitionsmittel wird für die Einführung neuer und arbeitssparender IT-Fachverfahren sowie für notwendige Reinvestitionsmaßnahmen, zum Beispiel Ersatz veralteter Hardware, eingesetzt werden. Eine gut funktionierende IT-Struktur ist für die Justiz überlebenswichtig. Das elektronische Grundbuch und das elektronische Handelsregister können hier als Beispiele aufgeführt werden, die erhebliche positive Auswirkungen auf NRW als Wirtschafts- und Unternehmensstandort haben.

Die Justiz befindet sich in schwieriger Zeit, sie befindet sich auf richtigem Kurs. Der Haushaltsentwurf 2006 bietet die Gewähr dafür, dass ihre Funktionsfähigkeit auch unter harten Rahmenbedingungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erhalten und verbessert wird.

Frank Sichau (SPD) lässt verlauten, die Ministerin habe in einer der vergangenen Sitzungen ausgeführt, dass die Drogenfachkräfte im Haushalt des Sozialministeriums

292.000 € ausmachten. Die nach Abzug von sechs Kräften übrig bleibenden 18 Kräfte könnten mit dem Betrag nach seiner Einschätzung nicht finanziert werden, wenn man von 20.500 € pro Person ausgehe. Der Abgeordnete bittet um eine Klarstellung.

Die Maßnahmen bezüglich der Brücke in Dortmund seien nach Auskunft der Landesregierung mit den Spitzenverbänden abgesprochen worden. In dem Schreiben der Spitzenverbände sei deutlich geworden, dass die Brücke in Dortmund künftig nicht mehr als Beratungsstelle für Straffällige und deren Angehörige gefördert werde. Dieses sei jedoch nicht nachvollziehbar. Er bitte um Erläuterung.

Die Ministerin habe gerade von globalen Minderausgaben, kw-Vermerken und dem 1,5 %igen Stellenabbau im Wesentlichen im Verwaltungsbereich gesprochen. Der Abgeordnete möchte wissen, ob mit dem 1,5 %igen Stellenabbau zusätzliche globale Minderausgaben ausgeschlossen seien.

In Kapitel 04 410 sei eine Steigerung der Versicherungsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung um knapp 700.000 € ausgebracht. Angesichts der Stagnation der Beschäftigungsverhältnisse im Vollzug bitte er um Erläuterung.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) legt dar, im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften sollten nach dem Haushaltsentwurf 87 Stellen abgebaut werden. Die Abgeordnete möchte wissen, wie sich der Stellenabbau mit der Stärkung der Justiz in Einklang bringen lasse, die in dem Eckpunktepapier sehr deutlich vertreten werde.

Die Mieten und Pachten an den BLB seien gravierend angestiegen. Laut Ansatz solle das Mietobjekt Justizministerium 459.600 € mehr kosten. Die Abgeordnete erbittet eine Erläuterung.

Die Fachstellen für Täter-Opfer-Ausgleich in freier Trägerschaft bearbeiteten im letzten Jahr bundesweit knapp 3.400 Fälle mit steigender Tendenz. Die Abgeordnete möchte wissen, ob die Landesregierung beabsichtigt, das Angebot der Fachstellen in freier Trägerschaft mittelfristig aufzugeben und im Gegenzug den Täter-Opfer-Ausgleich von staatlichen Stellen durchführen zu lassen.

Die Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe seien um 30 % gekürzt worden. Die Grünen-Abgeordnete fragt, wie die Landesregierung ehrenamtliches Engagement zukünftig sicherstellen wolle und ob der Landesregierung bewusst sei, dass bei Rückgang des ehrenamtlichen Engagements höhere Folgekosten zu erwarten seien.

Die Landesregierung beabsichtige, den Zuschuss für 19 externe JVA-Drogenfachkräfte zu streichen und lediglich noch die Förderung von fünf Stellen aufrechtzuerhalten. Die Wohlfahrtsverbände sprächen ihrerseits von bisher landesseitig geförderten 28,5 Stellen. Haushaltsmittel seien im vergangenen Haushaltsjahr für 30 Stellen bereitgestellt. Die Abgeordnete bittet um eine Aufklärung, wie viele externe JVA-Drogenfachkräfte 2005 über Landeszuschüsse gefördert worden seien und für wie viele Fachkräfte im Haushalt 2006 weiterhin Haushaltsmittel bereitgestellt werden sollten.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter antwortet, was den Täter-Opfer-Ausgleich, die freien Träger, Straffälligenhilfe angehe, werde man die Arbeit der freien

Träger auch weiterhin fördern, so weit es die Finanzmittel zuließen. Nichtsdestotrotz müssten sich natürlich die freien Träger an der Haushaltskonsolidierung beteiligen, und zwar in dem Umfang, in dem es auch die Justiz im Übrigen tue. Sicherlich sei ein effizienterer Mitteleinsatz als bisher möglich.

Darüber hinaus werde man zukünftig im Bereich der Drogenberatung geleistete Arbeitsstunden bezahlen. Bislang seien 24 externe Stellen gefördert worden. Sie könne nicht nachvollziehen, wie die Zahl von 30 im vorhergehenden Haushaltsentwurf zustande gekommen sei. Zukünftig würden durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sechs externe Stellen gefördert. Die Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten werde im Übrigen durch Justizvollzugsbedienstete aufgefangen werden müssen und zu einem guten Teil aufgefangen werden können. Es sei mitnichten so, dass, wenn zukünftig die 18 externen Kräfte, die bislang in diesem Bereich tätig gewesen seien, nicht mehr in dem Umfang tätig würden, man keine Drogenberatung mehr anbieten könne. Im Vollzug gebe es 109 Mitarbeiter, die als Drogenberater ausgebildet seien und als solche eingesetzt werden könnten. Sie halte es für wichtig, dass man die Zusammenarbeit mit den freien Trägern aufrechterhalte, weil nur so sichergestellt werden könne, dass zum einen eine effiziente Vermittlung in externe Suchttherapien möglich sei und zum anderen nach der Verbüßung der Kontakt zu den externen Beratungsstellen aufrechterhalten werde. Dies versuche man mit den Mitteln, die derzeit zur Verfügung stünden.

MDgt Kamps (JM) weist darauf hin, dass die Justiz in den Kernbereichen von der 1,5 %igen Stelleneinsparung, die ansonsten im gesamten Landesbereich verfolgt werde, ausgenommen sei. 1,5 % der Stellen würden in der Justiz nur in den Verwaltungsbereichen im engeren Sinne erwirtschaftet. 1,5 % pro Jahr entspreche 27 Stellen pro Jahr, also 135 Stellen in der Legislaturperiode. Das entsprechende finanzwirtschaftliche Äquivalent finde sich in Kapitel 04 020 Titel 462 12. Dort seien für 2006 540.000 € ausgewiesen. Dies entspreche dem Einsparbetrag für die 27 Stellen.

Des Weiteren sei nach der Ansatzserhöhung im Bereich der Arbeitslosenversicherung für Gefangene gefragt worden. In der Tat gebe es in diesem Bereich eine Ansatzserhöhung in Höhe von knapp 700.000 €. Diese Ansatzserhöhung sei auf der Basis der Ist-Ausgabenentwicklung in der Vergangenheit erforderlich geworden. Der nunmehr dort ausgewiesene Betrag sei auskömmlich, aber auch erforderlich.

Der Anstieg der BLB-Mieten sei darauf zurückzuführen, dass im vergangenen und im laufenden Jahr in großem Umfang Baumaßnahmen fertig gestellt worden seien. An dieser Stelle erinnere er beispielsweise an das Justizzentrum in Wuppertal sowie Maßnahmen im Justizvollzug. Dies führe zwangsläufig zu einer Budgeterhöhung. Bezüglich des Justizministeriums habe man sich aufgrund der baulichen Situation des Justizministeriums gezwungen gesehen, gemeinsam mit dem BLB Schritte hin zu einer Teilsanierung des Justizministeriums vorzusehen.

Auf Nachfragen von **Frank Sichau (SPD)** lässt **MDgt Kamps (JM)** verlauten, einen konkreten Betrag, der künftig auf Feinvergitterung entfalle, könne er nicht nennen. Feinvergitterungen würden nur dann vorgenommen, wenn dazu Anlass bestehe.

Die Entscheidung, dass die Brücke in Dortmund im Jahre 2006 nicht gefördert werden solle, habe man in Absprache mit den Koordinatoren der freien Träger getroffen. Er erinnere daran, dass die Brücke erst im Jahre 2004 in die Förderung mit aufgenommen worden sei. Vor diesem Hintergrund und angesichts der haushaltmäßigen Restriktionen könne man die Förderung im Jahre 2006 nicht fortführen. - **Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** fügt hinzu, die Brücke in Dortmund sei aus dem Programm „Beratungsstellen für Straffälligenhilfe“ herausgenommen worden. Sie werde aber weiterhin im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und ambulanter Maßnahmen für Sexualstraftäter gefördert.

MDgt Kamps (JM) fährt fort, die Finanzierung der 100.000 € für den Bereich der Drogentherapie in den Anstalten sei, auch wenn es nicht im Haushalt stehe, gesichert. Dazu, woher das Geld komme, werde der Ausschuss zu gegebener Zeit die entsprechenden Hinweise erhalten.

Es sei richtig, dass bislang aus dem Einzelplan des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales 292.000 € geflossen seien; dahinter hätten 24 Kräfte gestanden. Auch die genannte Zahl von 20.500 € pro Kraft stimme. Er gehe davon aus, dass man durch die Umstellung der Finanzierung der Drogenkräfte mithilfe der 100.000 €, das heiße Umstellung auf entsprechende Verträge, die mit den Einzelnen abgeschlossen würden, die Gelder wesentlich wirkungsvoller einsetzen könne als bei einer pauschalen Förderung.

Die Jungtäterabteilungen würden aus den vorhandenen Ansätzen finanziert.

Die Absenkung der Arbeitsentgelte für Gefangene um 900.000 € sei eine Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Frank Sichau (SPD) macht darauf aufmerksam, dass auf der einen Seite Arbeitsentgelte abgesenkt würden, auf der anderen Seite aber die Entgelte für die Arbeitslosenversicherung stiegen. Der Abgeordnete bittet um eine Erklärung. - **MDgt Kamps (JM)** antwortet, für den Haushalt seien zum einen die Zahlen der Vergangenheit und zum anderen die Prognosen für die Zukunft entscheidend. An dieser Stelle habe man die entsprechenden Ansätze auf der Basis der Ausgabenentwicklung in der Vergangenheit veranschlagt.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagt, die Zuwendungen für Haftvermeidungen seien um 20 % gekürzt worden. In der Vergangenheit sei deutlich geworden, dass die Haftvermeidungsprojekte zum Teil am Existenzminimum agierten. Trotzdem sei es gelungen, die Fallzahlen zu steigern. Die Abgeordnete möchte wissen, ob die Landesregierung die Haftvermeidungsprojekte mittelfristig abbauen wolle.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter verneint. Der Haushaltslage müsse jedoch Rechnung getragen werden. Vor diesem Hintergrund müssten Schwerpunkte gesetzt werden, zum Beispiel im Bereich der ambulanten Therapiemaßnahmen für Sexualstraftäter.

Frank Sichau (SPD) legt dar, seine Fraktion habe in der Vergangenheit nicht nur einmal den Nachweis erbracht, dass Haftvermeidungsprojekte nicht nur kostendeckend seien, sondern auch, was den überschaubaren finanzwirtschaftlichen Bereich betreffe, Überschüsse erwirtschaftete. Durch die Maßnahmen der Landesregierung in diesem Bereich werde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Insofern sollte hierüber noch einmal nachgedacht werden.

Christian Möbius (CDU) sagt, im Bereich der Haftvermeidung gehe es um eine Kürzung um etwa 5 %. Diese Kürzung sei im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass einer der Träger auf Null gesetzt werde, weil dessen Arbeit nicht befriedigend gewesen sei.

Frank Sichau (SPD) weist darauf hin, dass Haftvermeidungsprojekte gewisse Vorlaufzeiten benötigen. Das Haftvermeidungsprojekt des Vereins Maßstab e. V. in Köln habe nicht immer Überschüsse erzielt.

Thomas Stotko (SPD) verweist auf die Kritik des Richterbundes am Stellenabbau. Die CDU-Fraktion habe hierzu ausgeführt:

Konkret für Richter und Staatsanwälte ist damit die Rücknahme der vorgenannten kw-Vermerke für die 540 Stellen gemeint.

Der Abgeordnete bittet um eine Aufklärung seitens der CDU-Fraktion.

Peter Biesenbach (CDU) verweist zunächst auf die vielen Scherben im Bereich der Justiz, die von der letzten Landesregierung hätten übernommen werden müssen. Er würde gerne sachlich über dieses Thema diskutieren, wenn man bei der Recherche gründlich wäre. Es sei wiederum unsauber recherchiert worden, denn sonst hätte man auch die Erwiderung auf die Stellungnahmen des Richterbundes gelesen. Jeder kw-Vermerk sei ein kw-Vermerk der alten Landesregierung.

Die entsprechenden Zahlen seien zwar im Haushaltsentwurf enthalten, verwirklicht seien diese jedoch nicht. Die Ministerin sei aktiv dabei, etwas zu unternehmen. Bislang sei erreicht worden, dass 180 kw-Vermerke beseitigt seien.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagt, es gehe nicht nur um die kw-Vermerke, sondern um den gesamten Haushalt. Gerade dort, wo es um das soziale Netz gehe, seien Kürzungen zu verzeichnen. In den Eckpunkten der Koalition werde ausgeführt, dass man den Justizbereich stärken wolle. Diese versprochene Stärkung gebe es jedoch nicht.

Peter Biesenbach (CDU) lässt verlauten, seine Fraktion habe auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder deutlich gemacht, dass man verstärkt auf den ehrenamtlichen Bereich setzen wolle. Haftvermeidung sei ein klassischer Bereich für ehrenamtliche Arbeit. Man sollte nun einige Zeit abwarten. Dann werde man sehen, welche Maßnahmen gegriffen hätten und welche nicht.

Der Justizhaushalt 2006 sei im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2005 nicht gekürzt worden, sondern die Mittel seien um ein halbes Prozent gestiegen. Die Regierung habe also erkannt, dass in diesem Bereich etwas getan werden müsse. Dies sei ein Erfolg der Ministerin und der Koalitionsfraktionen. Diesen Weg werde man gemeinsam weitergehen.

Frank Sichau (SPD) betont, es komme auf eine Differenzierung an. Wenn von einer Steigerung des Justizhaushalts um 0,5 % die Rede sei, dann müssten natürlich auch die Mietsteigerungen mit einbezogen werden.

Haftvermeidung stelle in erster Linie eine professionelle Aufgabe freier Träger dar. Ehrenamtliche Arbeit werde insbesondere in der Bewährungshilfe geleistet. In diesem Bereich würden jedoch die Mittel gestrichen.

Bezüglich der kw-Vermerke komme es natürlich auch auf den Grund an. Diesbezüglich stelle sich die Frage, welche Kräfte, die aufgrund der Einführung der 41-Stunden-Woche kw-gestellt worden seien, weiterhin kw-gestellt seien. Selbstverständlich werde man an gegebenen Versprechungen gemessen. Insofern sollte man hier nicht auf andere zeigen.

Rolf Einmahl (CDU) möchte wissen, wie viele kw-Vermerke seit 1995 verwirklicht worden seien. - Etwas mehr als 4.000 kw-Vermerke, antwortet **MDgt Kamps (JM)**.

Harald Giebels (CDU) fragt, wie viele Personalstellen im Justizbereich seit 1995 kw-gestellt worden seien.

Er gebe zu bedenken, dass es nicht möglich sei, sämtliche Probleme sofort zu lösen, sondern diese müssten Stück für Stück angegangen werden.

Peter Biesenbach (CDU) widerspricht den Ausführungen des Abgeordneten Sichau, dass im Haftvermeidungsbereich hauptsächlich professionelle Kräfte tätig seien. Bei den diesbezüglichen Diskussionen im Landtag sei es hauptsächlich um die Ersatzfreiheitsstrafen gegangen. Dafür, jemandem zu helfen, seine Raten oder seine Knöllchen zu bezahlen, brauche man keinen Hauptamtlichen. Dies könne jeder ältere Mensch tun, denn diese hätten gelernt, ihre Rechnungen zu bezahlen.

Bezüglich der kw-Vermerke erinnere er an die Vorgehensweise der alten Landesregierung. Man habe die Technologie aufrüsten wollen, habe angefangen, Computer und Programme zu entwickeln, und im vorausseilenden Gehorsam das Personal abgebaut mit dem Ergebnis, dass diese Programme immer noch nicht liefen. Das heiße, man benötige eigentlich mehr Personal, damit der Produktionsverlust durch die nicht funktionierenden Programme aufgefangen werden könne.

Darüber hinaus sei ausgeführt worden, dass die Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden Personal einspare. Dies sei aber nur dann der Fall, wenn die Mitarbeiter mehr arbeiten könnten als vorher. Er kenne keinen Richter, der auch damals schon weniger als 41 Stunden gearbeitet habe. Ziel sei es gewesen, durch diesen rechnerischen Buchungstrick 6 % der Stellen im Justizbereich einzusparen. Seine Fraktion habe stets

ausgeführt, dass man Stellen abbauen wolle. Dies habe man auch getan. Es gebe keinen weiteren kw-Vermerk, und 180 kw-Vermerke seien bereits erledigt. Insofern plädiere er dafür, diese Leistung anzuerkennen, anstatt sie schlecht zu reden.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) möchte seitens der CDU-Fraktion wissen, ob sie die derzeitige personelle Ausstattung im Justizbereich für ausreichend halte.

Peter Biesenbach (CDU) antwortet, die derzeitige Lage habe sich in der Vergangenheit angedeutet. Befriedigend sei die derzeitige Situation nicht. Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung seien sich darin einig, dass etwas unternommen werden müsse.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagt für ihre Fraktion Unterstützung zu.

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, dass Änderungsanträge in der Sitzung am 29. März 2006 eingebracht werden könnten.

3 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/469

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/541

Vorlage 14/233

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD seien vom Landtag in seiner Sitzung am 27. Oktober 2005 an den Rechtsausschuss zur Federführung sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration zur Mitberatung überwiesen worden. In den Sitzungen des Rechtsausschusses am 23. November 2005 und 25. Januar 2006 seien erste Beratungen vorgenommen und es sei vor dem Hintergrund der Vorlage 14/233 beschlossen worden, heute eine weitere Beratungsrunde durchzuführen. Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss habe in seiner Sitzung am 9. Februar 2006 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen beschlossen, den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Annahme zu empfehlen. Zum Entschließungsantrag sei keine Empfehlung ausgesprochen worden. Der ebenfalls mitberatende Ausschuss für Generationen, Familie und Integration habe seine Beratungen noch nicht abgeschlossen, da nicht klar gewesen sei, ob zu dem Antrag möglicherweise eine Anhörung durchgeführt werde.